WGA 13.12.10

Polizei-Präsenz sichern

STADTRAT Heute Sitzung – Resolutionen.

Die Fraktionen von CDU, SPD und WNK-UWG beantragen heute im Stadtrat folgende Resolution:

„Die Unterzeichner bedauern die Entscheidung, den Polizeistandort an der Telegrafenstraße aufzugeben (...). Nach Darstellung des Landrats muss jedoch mit Bedauern festgestellt werden, dass die Option des Erhalts des Polizeistandorts an der Telegrafenstraße nicht gegeben war und ist."

Insofern gelte es, eine wirklichkeitsnahe und tragfähige Lösung zu finden. (...) „Die Pläne, im Nordkreis eine neue Polizeistation zu errichten, um so die Arbeit der Polizei zu optimieren und effektiver zu gestalten, die Sicherheit zu erhöhen und die Präsenz der Polizei im Nordkreis vor Ort weiterhin dauerhaft zu sichern, werden grundsätzlich begrüßt." Die neue Polizeistation soll an einem geeigneten Ort auf Wermelskirchener Stadtgebiet entlang der B 51 zwischen Tente und Hilgen entstehen. Stadt und Kreis sollen einen geeigneten Standort finden.

Der Landrat soll sicherstellen, „dass es in der Innenstadt eine an das dokumentierte Besucherverhalten angepasste Anlaufstelle der Polizei für die Bürger gibt.

Der Rat fordert Landrat und Bürgermeister auf, „gemeinsam eine Folgenutzung für das Gebäude der bisherigen Polizeistation zu entwickeln." Die Fraktionen denken da an die Polizei-Anlaufstelle sowie z.B. die Nebenstellen von Straßenverkehrsamt und Gesundheitsamt etc. sowie die AWo-Schuldnerberatung als Ersatz für die wegfallenden Büroräume im Haus Brückenweg 30.

Der Stadtrat kommt heute um 17 Uhr im großen Saal des Bürgerzentrums zusammen. Zum Thema Polizei steht bislang ein Antrag von FDP und Bürgerforum auf der Tagesordnung – Resolution gegen den Fortzug der Polizei. *red*

Polizei: Mehrheit gibt die Innenstadt-Wache auf

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Mit einer Mehrheit von 35 Stimmen haben gestern Abend die Stadtverordneten von CDU, SPD und WNKUWG in geheimer Abstimmung eine „Gegen-Resolution" beschlossen. Darin bedauern sie die Entscheidung, den Polizeistandort an der Telegrafenstraße aufzugeben und verkünden, dass eine Verlegung der Wache zu keinen Zeitpunkt gewünscht gewesen sei – sie geben aber den Kampf um die Innenstadt-Wache auf und signalisieren dem Landrat, dass er sie auflösen kann.

Die Resolution von FDP/Büfo, die Polizeiwache im Stadkern zu erhalten und die Zusammenlegung der Wachen von Wermelskirchen und Leichlingen nicht weiter zu verfolgen, erhielt nur 23 Stimmen.

Bricht Bündnis auseinander?

CDU, SPD und WNKUWG begrüßen gleichzeitig die Pläne des Landrates, im Nordkreis eine neue Polizeistation zu errichten, um die Arbeit zu optimieren und die Präsenz im Nordkreis dauerhaft zu sichern. Sie appellieren, den Standort entlang der B51 zwischen Tente und Stadtgrenze zu errichten. Bürgermeister und Landrat sollen gemeinsam eine Folgenutzung für das Gebäude der bisherigen Polizeiwache entwickeln.

In der über einstündigen, teils hitzig geführten Diskussion prallten die Ansichten aufeinander – eine Annäherung gab es nicht. Jürgen Manderla (FDP) stellte gar das Regenbogen-Bündnis in Frage: „Wir sind traurig, dass in einer solch elementaren Frage einige Alpha-Männchen die Doppelfunktion von Rat- und Kreistagsmandat nicht sauber trennen können", sagte er mit Blick auf WNKUWG. Offensichtlich sei ein Deal mit Landrat und jenen Parteien im Rat gemacht worden, so Manderla, die „Parteiräson vor die wirklichen Interessen der Bürger stellen".

Er erklärte, man habe Informationen aus dem Innenministerium, dass wegen der neuen Wache „noch alles offen" sei, man aber „auch ein Votum des Rates für den jetzigen Standort erwartet".

Friedel Burghoff (Büfo) hatte zuvor für die ersten Antragsteller gesprochen. Er erklärte, die Landrat-Argumente seien in keinster Weise überzeugten – „im Gegenteil: sie waren schwach, fadenscheinig und zum Teil falsch". Die Möglichkeit, die Wache technisch zu modernisieren, sei überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden. Henning Rehse (WNKUWG) sprach für die „Gegen-Resolution": Der Erhalt der Wache an der Telegrafenstraße sei „weder realistisch, noch erforderlich, noch zielführend". Als Mahnung führte er die Schließung des Polizeipräsidiums Leverkusen an: „Wir sollten alles daran setzen, die Polizei in der Fläche zu halten, optimal auszustatten und die Polizeiarbeit effektivst zu gestalten."

KOMMENTAR

BH 14.12.10

Mehrheit reicht die Postadresse

Das dürfte gestern Abend ein einmaliger Vorgang gewesen sein: Die Mehrheit des Stadtrates mit CDU, SPD und WNKUWG trägt quasi die Auflösung der Polizeiwache in der Innenstadt mit. Kein Aufbäumen, kein Protest. Ein Abnicken zu dem, was der Landrat verkündet.

Statt sich der FDP/Büfo-Resolution anzuschließen, geht diese Mehrheit den Weg des geringsten Widerstandes. Und kaschiert damit letztlich, dass sie schon vor vier Jahren blind bei der damaligen Neustrukturierung der Polizei im Rheinisch-Bergischen Kreis dem Landrat vertraute – schon damals war absehbar, dass die bestehende Wache in eine Randlage geraten würde. Denn der Bezirk wurde immer weiter nach Westen und Süden vergrößert. 200 Kilometer in einer Nachtschicht am Wochenende sind heute keine Seltenheit. Wie will man da mit zwei Fahrzeugen für alle Städte Sicherheit garantieren?

Die Politik regte sich nicht, gutgläubig hingen sie an den Lippen des Landrates, der lauthals verkündete, es werde sich nichts ändern für Wermelskirchen. Doch längst lagen die Pläne in den Schubladen. Und mit dem Wechsel in der Landesregierung ging schließlich im Frühjahr alles ruckzuck.

Wer als Politiker damit zufrieden ist, dass nur noch in der Postadresse künftig vielleicht Wermelskirchen steht, sollte sich fragen, wessen Mandat er vertritt. Eine neue Polizeiwache auf der Stadtgrenze zu Burscheid hilft keinem Dellmann. Höchstens dem Landrat. Immerhin hat er dann seine Pläne gegen Bürger durchgesetzt. **UDO TEIFEL**

„Klar und nachvollziehbar“

WGA 14.12.10

STANDORT POLIZEIWACHE Im Stadtrat findet sich eine deutliche Mehrheit für die Haltung des Kreises, den FDP und Bürgerforum ganz massiv angehen.

Von Thomas Wintgen

Die Mehrheit des Stadtrats hat sich am Montagabend nach knapp 80 Minuten Schlagabtausch in der letzten ordentlichen Sitzung dieses Kalenderjahres für die Version von CDU, SPD und WNK-UWG entschieden in der Frage, was er in Sachen Polizeiwache fordert.

Diese Resolution fand – bei zwei Enthaltungen – mit 35 Stimmen (CDU, SPD, WNK-UWG) die Mehrheit vor der Resolution von Bürgerforum und FDP, der sich auch die Grünen anschlossen (23 Stimmen). Danach müsse die Wache unabdingbar bleiben, wo sie ist.

Friedel Burghoff (BF) warf der Gegenseite vor, sich zum „Handlanger der Interessen des Landrats“ zu machen. Wer das unterstelle, behaupte freilich wider besseres Wissen, dass die Stadt überhaupt die Kompetenz hätte, hier etwas (mit) zu entscheiden, entgegnete Jochen Bilstein (SPD). Heinz-Jürgen Manderla (FDP): „Dem Bürger ist egal, ob wir zuständig sind.“

Jutta Paulig (Grüne) warf Landrat Rolf Menzel (CDU) vor, „auf viele Fragen eine schlüssige Antwort schuldig geblieben“ zu sein. Sie verstehe nicht, dass es sich nicht lohne, nach 27 Jahren „einen Bruchteil der Neubau-Summe in den Altbau zu stecken“, um die aktuellen gesetzlichen Vorgaben erfüllen zu können.

Burghoff sah sich gewählt, auch um dafür zu kämpfen, Einrichtungen wie die Wache im Zentrum der Stadt zu erhalten. Der Landrat habe für die gut 7 000 Unterschriften „nur ein müdes Lächeln übrig“. Seine Argumente für eine Verlegung der Wache seien „schwach, fadenscheinig und zum Teil falsch“.

Er hätte gar keine Veranlassung, „beim Landrat auf dem Schoß zu sitzen“ und nach einem Standort zu suchen, legte Hartmut Zulauf (FDP) nach. Er mochte im Umzug der Wache an den Stadtrand einen „brutalen Schlag“ für die Innenstadt sehen.

Oliver Platt (BF) sah „eine anmaßende Frechheit des Landrats, ohne Fakten nach Wermelskirchen zu kommen“.

> **„Anmaßend frech, ohne Fakten zu kommen“**
> **Oliver Platt** Bürgerforum

Manderla warf dem Landrat vor, dass der „ohne Not eine funktionierende Polizeiwache plattmachen will“. Davor kapituliere der Rat. Es sei polizeitaktisch „absoluter Unsinn, die Wache (...) verlegen zu wollen“. Das bringe keine Vorteile.

Der Landrat wolle die Polizeiwache nur deshalb „im tiefen Burscheid bauen, um die Leichlinger zu beruhigen“. Auf dass geteiltes Leid halbes Leid werde, sei der Landrat „bereit, eine siebenstellige Steuergeld-Summe zu verbraten“. Im Übrigen drohte Manderla an, dass die FDP die Konsequenzen für das Bündnis mit BF, WNK-UWG und Grünen diskutieren werde.

Niemand habe gejubelt über den Umzugsplan, stellte Jochen Bilstein klar. Ihn habe die Resonanz nicht verwundert.

Er bezog sich aber auf die Aussagen von Polizeichef Manfred Frorath, der bei der Antwort auf die Frage „Was verändert sich?“ der gefühlten Unsicherheit mit objektivierbarer Klarheit gegenüber getreten sei. Die Argumente des Kreises im Haupt- und Finanzausschuss seien klar und nachvollziehbar gewesen.

Henning Rehse (WNK-UWG) erinnerte daran, dass kein Hahn danach gekräht hatte, als Wermelskirchen 2008 den Status der Polizeiinspektion verlor und zur „Wache“ wurde. Bürgermeister Eric Weik hätte damals gesagt, Wermelskirchen sei doch nicht Chicago und man müsse nicht so eine Welle machen.

Dass die Präsidien Leverkusen und Mülheim kurzerhand geschlossen wurden, sollte Mahnung sein; der Südkreis beweise, dass die gemeinsame Wache von Overath und Rösrath problemlos funktioniere. Zu fordern, dass die Wache am Rathaus bleiben müsse, sei „weder realistisch noch erforderlich noch zielführend“.

> **„Inszenieren und skandalisieren“**
> **Henning Rehse** WNK-UWG

Friedel Burghoff habe im Juli im Kreistag eine zwei Tage alte Übereinkunft missachtet und sei den Landrat „rüde angegangen“. Eric Weik habe es nicht für nötig erachtet, sich an den Innenminister zu wenden. Heute gehe es aber darum, so Henning Rehse, etwas „zu inszenieren und zu skandalisieren“.

„7 000 Bürger können nur Ja sagen“ zum Erhalt der Wache mitten in der Stadt, meinte Volker Schmitz (CDU). Er sprach von 800 000 Euro, die die Stadt als Hausherrin in den Umbau der Wache stecken müsse; Martin Bosbach behauptete kurze Zeit später, allein der Umbau des Gewahrsams würde eine Million kosten.

Kostenfrei Grünabfälle an acht Samstagen abliefern

Der **Kompostplatz** der Firma Reterra an der Albert-Einstein-Straße öffnet in 2011 an acht Samstagen bis 18 Uhr. BM-ARCHIVFOTO: DÖRNER

DH 16.12.10

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Gute Nachrichten für Gartenbesitzer: Ab 2011 können sie an acht Samstagen auf dem Kompostplatz an der Albert-Einstein-Straße kostenfrei Grünabfälle abliefern. Diesem Antrag der WNKUWG-Fraktion folgte jetzt der Stadtrat.

In den Monaten April, September, Oktober und November, jeweils am ersten und dritten Samstag von 8 bis 18 Uhr, können Bürger nach getaner Gartenarbeit ihren Baum- und Strauchschnitt auf dem Kompostplatz der Firma Reterra abliefern. Das kostet sie keinen Cent. Das Unternehmen rechnet direkt mit der Stadtverwaltung ab. Kalkuliert wird mit rund 1000 Euro je Samstag, so dass die Stadt für diesen Sonderservice rund 8000 Euro veranschlagt.

Beschlossen wurde auch, dass auf dem Gelände der Firma Reterra ab 2011 während der normalen Öffnungszeiten Sperrmüll in haushaltsüblichen Mengen abgegeben werden kann: Also maximal drei Kubikmeter. Dazu muss der Bürger aber eine Sperrmüllkarte vorlegen, die man im Bürgerbüro erwerben oder auch im Internet beantragen kann.

FRAGE DES TAGES

WNKUWG: Zeit für das Bädergutachten ist knapp

WERMELSKIRCHEN (jeni) Der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse befürchtet, dass in Sachen Bädergutachten die Zeit knapp wird. Eigentlich hätte das Gutachten im Herbst vorliegen sollen, mittlerweile sei geplant, es zunächst im Ältestenrat vorzulegen, erklärt Rehse. Der Ältestenrat aber wird nicht vor Ende Januar tagen. Für Rehse gehören die Aussagen des Bädergutachtens für die Freibäder aber untrennbar zu den Haushaltsberatungen. „Ich prophezeie bereits jetzt, dass die Zeit, alle Aspekte zu beleuchten, zu diskutieren, zu werten und zu entscheiden in Hinblick auf die Zukunft des Bades in der Saison 2011 zu knapp werden wird", schreibt Rehse an den Bürgermeister.

Do., 16.12., 20 Uhr, Bürgerversammlung zum Freibad Dhünn, MzH Dhünn

Bäder: Offener Brief an Stadt

WGA 16.12.

Zum Thema Bäder-Gutachten und Folge-Untersuchungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, als wir das Bäder-Gutachten in Auftrag gaben, hieß es, es würde bis zum Herbst vorliegen – dabei wurde nicht deutlich gemacht, ob der kalendarische Herbstanfang am 22. September oder dem meteorologische am 1. September gemeint war.

Für den (ich glaube) 10. November wurde dann zwecks Vorstellung des Gutachtens zur Sitzung des Arbeitskreises „Bäder" geladen, die dann kurzfristig wieder abgesagt wurde.

Hauptamtsleiter Jürgen Scholz teilte mir in Zusammenhang mit einem anderen Thema Mitte November mit, dass die Vorstellung des Gutachtens „kurzfristig" im Ältestenrat geplant sei.

Sie teilten mir dann auf Nachfrage, warum dies im Ältestenrat geschehen solle, mit, dass „noch weitere Fragen aufgetaucht seien, mit denen und deren möglicherweise zu beauftragenden Klärung" sich der Ältestenrat zunächst beschäftigen solle.

Jetzt liegt eine Einladung für den Ältestenrat am 20. Januar 2011 vor.

Mir erschließen sich diese ganzen Abläufe und Verzögerungen nicht. Ganz aktuell haben wir es mit der völlig berechtigten Frage von Frank Jäger – „Wie geht es weiter, und wer ist bereit, sich auch finanziell zu beteiligen?" zu tun, der Bürgerversammlung am heutigen Donnerstag sowie dem aktuellen Wasserschadensfall und dessen Regulierung.

Für mich gehören diese Punkte, die Beratung des städtischen Haushalts, aber natürlich auch in erster Linie das Bäder-Gutachten und seine Aussagen zu den Freibädern untrennbar zusammen, und ich halte eine Veröffentlichung, Beratung und ggf. Beauftragung von Folgeuntersuchungen erst im Januar für deutlich zu spät.

Ich prophezeie jetzt bereits, dass die Zeit, alle Aspekte zu beleuchten, zu diskutieren, zu werten und zu entscheiden, im Hinblick auf die Zukunft des Bades in der Saison 2011 zu knapp werden wird und Politik und Verwaltung sich selbst – und dadurch bedingt auch unverschuldeterweise Herrn Jäger – in „unschöne" Situationen bringen werden.

Ich rege daher dringend an, dass kurzfristig eine Sitzung des Ältestenrates einberufen wird, um alle in den gleichen Kenntnisstand zu versetzen und ggf. erforderliche vorbereitende Maßnahmen unverzüglich einzuleiten.

Henning Rehse, Vorsitzender der Ratsfraktion WNK-UWG